

Infoblatt: Zwischen Terror und Modernisierung – Die UdSSR unter Stalin



1 Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Stand: 30. Dezember 1922.

Nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 und dem anschließenden, von beiden Seiten mit beispielloser Grausamkeit geführten Bürgerkrieg war das ehemalige zaristische Russland Anfang der 1920er Jahre wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich stark zerrüttet, das Land schwer verwüstet. Die blutigen Exzesse der Revolutions- und Bürgerkriegszeit hatten tiefe Wunden gerissen.

Die relative Stabilisierung des Landes nach 1921/22 war brüchig und widerspruchsvoll; sie beruhte auf Gewalt und Terror. Industrie und Landwirtschaft lagen am Boden. Revolution und Bürgerkrieg hatte Millionen von Menschen das Leben gekostet. Sieben Millionen hungernde und bettelnde Waisenkinder durchzogen das Land ebenso wie Hunderttausende obdachlose Erwachsene oder Nomaden, denen die Existenzgrundlage entzogen war. Im Winter 1921/22 brach im Mittleren Wolgagebiet eine riesige Hungersnot aus, die auch mit internationaler Hilfe kaum bewältigt werden konnte. Not und materielles Elend bestimmten das alltägliche Leben in den Städten und Dörfern. Eine bislang nicht gekannte Gewaltkriminalität breitete sich aus; einige Gebiete in der Ukraine oder im Donbass befanden sich zeitweise ganz in der Gewalt marodierender Großbanden, die ihrerseits die Bevölkerung terrorisierten. Die früheren Eliten waren zerschlagen, ihre Angehörigen zu einem großen Teil liquidiert, geflohen oder lebten – als „Menschen zweiter Klasse“ geächtet – ohne Vermögen oder Beschäftigung. Dabei wären Spezialisten, vor allem Ingenieure, Techniker und Ärzte, also Berufsgruppen, zu denen viele von ihnen gehörten, beim Aufbau des Landes mehr als je gefragt gewesen.

Die Bolschewiki hatten in den ersten Jahren ihrer Regierung alle Schalthebel in Wirtschaft und Gesellschaft in ihre Hände gebracht, die großen Industriebetriebe und Banken sowie den Grund und Boden verstaatlicht. Auch die Kleinbauern und die wenigen verbliebenen Kleinhändler standen unter strenger staatlicher Kontrolle. Die katastrophale Wirtschafts- und Versorgungslage sowie die Einsicht, dass die Bolschewiki Gefahr liefen, die im Bürgerkrieg mühsam erworbene Macht wieder zu verlieren, stärkte die Einsicht einiger kommunistischer Funktionäre um Lenin, manche der bisherigen Maßnahmen zu lockern und die staatliche Aufsicht in einigen Bereichen etwas zu lockern. Unter dem Stichwort der „Neuen Ökonomi-

schen Politik“ (NÖP oder NEP), die Anfang 1921 auf einem Parteitag der Kommunistischen Partei verkündet wurde, ließen die Bolschewiki im Wirtschaftsleben einige marktwirtschaftliche Elemente wieder zu, ohne jedoch die Aufsicht und Kontrolle über die Großindustrie, die Banken und die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft aus den Händen zu geben. Kleinhandel, Kleinhandwerk und kleine bäuerliche Wirtschaften waren nun wieder in einem begrenzten Maße zugelassen. Bald stellten sich erste bescheidene Erfolge ein; die Lage und die Versorgung im Land begannen sich langsam zu verbessern, ohne dass jedoch von einem wirklichen Durchbruch gesprochen werden konnte.

Im Zuge der NEP erhielten auch die in alter zaristischer Tradition unterdrückten nationalen Minderheiten und nicht-russischen Völker in dem als Vielvölkerstaat konzipierten Sowjetreich größere Autonomie. Ende 1922 entstand die Sowjetunion, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), der zunächst – als größtes und dominierendes Kernland – Russland sowie die ukrainische, die weißrussische und die transkaukasischen Sowjetrepubliken als Förderativstaaten angehörten. Im Laufe der Jahre stieg die Zahl der in der UdSSR zusammengeschlossenen Sowjetrepubliken weiter an; 1936 waren es elf, nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt 15 Sowjetrepubliken sowie zahlreiche autonome Teilrepubliken innerhalb der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik (RFSSR). Die bestehenden und nach 1917 neu entstandenen Konflikte zwischen den Völkern und nationalen Minderheiten, zwischen der Zentrale in Moskau und den Peripherien, blieben jedoch ungelöst und spitzten sich im Laufe der Zeit teilweise sogar noch zu.

Innerhalb der Kommunistischen Partei setzte sich – nach der Erkrankung und dem Tod des lange unumstrittenen Revolutionsführers Lenin (1924) – in heftigen internen Machtkämpfen Josif Wissarionowitsch Dshugaschwili, genannt Stalin (1879 – 1953) durch, ein bis dahin wenig einflussreicher, aber rücksichtsloser Machtpolitiker. Nach und nach gelang es ihm – unter Ausschaltung der auch untereinander konkurrierenden und intrigierenden höheren Parteifunktionäre – immer mehr Macht an sich zu binden. 1922 übernahm Stalin das neue, zunächst eher unbedeutende Amt eines Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Dieses erlaubte ihm, die neue Staatsbürokratie zunehmend mit eigenen Anhängern zu besetzen. Ende der 1920er-Jahre, verfügte Stalin schließlich über eine nahezu diktatorische Machtfülle, die es ihm erlaubte, seine Widersacher nach und nach auszuschalten. Stalin, der im Unterschied zu ideologischen Konkurrenten wie Leo Trotzki (1879 – 1940) das Konzept verfolgte, den Sozialismus zunächst in einem Lande aufzubauen, wollte dieses Ziel in möglichst kürzester Zeit erreichen. Landwirtschaft und Wirtschaft mussten dazu jedoch weitaus leistungsfähiger werden als es bisher der Fall war. Entgegen den Prämissen der NEP, die er Schritt für Schritt wieder rückgängig machte, setzte Stalin nun wieder auf die vollständige staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Bereits 1927 beschloss ein Parteitag der KPdSU die Kollektivierung der Landwirtschaft und einen Fünf-Jahres-Plan, auf dessen Grundlage die Industrialisierung des nach wie vor nur teilweise industrialisierten, rückständigen Landes in Angriff genommen werden sollte.

Innerhalb kürzester Zeit gelang es der Sowjetunion, erhebliche Steigerungsraten in der Industrieproduktion zu erzielen. So stieg die gesamte Industrieproduktion zwischen 1928 und 1940 auf 650 Prozent, die Stromerzeugung auf 1400 Prozent, die der Leichtindustrie auf 340 Prozent an. Auch die Sozialstruktur des ehemals fast ausschließlich agrarisch geprägten Russland veränderte sich einschneidend. Die Bevölkerungszahl der UdSSR wuchs, trotz mehrerer großer Hungersnöte, innerhalb von nur dreißig Jahren um 96 Millionen, von 1920 168 Millionen auf 1939 264 Millionen Einwohner. Der Anteil der städtischen Bevölkerung stieg gleichfalls rapide an. Betrug er vor dem Ersten Weltkrieg rund 18 Prozent, so lebten 1939 etwa 33 Prozent der sowjetischen Bürger in Städten. Das entsprach in etwa dem Wert vieler westeuropäischer Staaten. Freilich waren Modernisierung und Industrialisierung mit einem sehr hohen Preis bezahlt. Das sich schon in Revolution und Bürgerkrieg herausgebildete System der Gewaltherrschaft erlebte unter Stalin eine neue, noch grausamere Stufe. Stalins Gewaltpolitik fielen insgesamt – die Schätzungen und Berechnungen gehen zum Teil erheblich auseinander – vermutlich etwa zwanzig Millionen Menschen zum Opfer. Im Rahmen so genannter „Säuberungen“ oder „Reinigungen“, die 1937/38 ihren Höhepunkt erreichten, ließ Stalin zum einen viele Vertreter der alten und neuen Eliten, zum anderen aber auch zahlreiche Angehörige der unteren Schichten deportieren und liquidieren. Allein in dieser Zeit wurden etwa 800 000 Sowjetbürger verhaftet und etwa je zur Hälfte erschossen oder zu langjähriger Lagerhaft verurteilt. Betroffen waren innerparteiliche Opponenten Stalins, darunter viele Bolschewiken der „ersten Stunde“, ein Großteil der höheren Offiziere der Roten Armee, zahllose Verantwortungsträger aus Industrie und Bürokratie, Intellektuelle, ausländische Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowje-



2 Archipel GULag – das Lagersystem der GPU in den 1930er-Jahren.

tunion im Exil lebten, sowie Geistliche und ehemalige, noch im Lande verbliebene Angehörige der ehemaligen zaristischen Führungsschichten. Zu den Opfern gehörte aber auch Obdachlose, Kleinkriminelle, Prostituierte, so genannte „Arbeits-scheue“ und andere Menschen, deren Lebensweise dem gewünschten „sozialistischen Menschenbild“ nicht entsprach. Besonders rücksichtslos gingen Stalin und seine Helfer schon seit Anfang der 1930er Jahre gegen die bäuerliche Bevölkerung des Landes vor, die als „Kulaken“ – eine abfällige russische Bezeichnung für „Betrüger“ oder „Wucherer“, die bald für alle „reichen“ Bauern Verwendung gefunden hatte – zunächst verunglimpft und dann enteignet, deportiert oder erschossen wurden. Die verbliebenen „armen“ Bauern mussten zwangsweise den neu gebildeten Genossenschaften, den „Kolchosen“ beitreten, die neben den seit der Revolution bestehenden Staatsgütern, den „Sowchosen“, nun in großer Zahl neu gebildet wurden. Von diesen Zwangsmaßnahmen waren schätzungsweise mindestens fünf bis sechs Millionen Bauern betroffen; etwa 500 000 bis 600 000 „Kulaken“ fanden bei der mit äußerster Brutalität durchgeführten Zwangskollektivierungen den Tod.

Der durch die Kollektivierung ausgelösten Hungersnot – viele Bauern weigerten sich, den Kolchosen beizutreten, verbrannten ihr Getreide oder töteten ihr Vieh – fielen vermutlich weitere mehr als sechs bis sieben Millionen Menschen, vor allem in der Ukraine, zum Opfer. Aber auch die Arbeiter, die in der sowjetischen Propaganda eigentlich gefeierten „neuen Menschen“, die Werk-tätigen, denen angeblich alle Aufmerksamkeit der Sowjetregierung galt, lebten nach wie vor unter kläglichen Bedingungen. Selbst auf den sowjetischen Prestige-Großbaustellen wie dem Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, beim Bau des riesigen Dnjepr-Staudamms oder dem Aufbau des neuen Stahlzentrums von Magnitogorsk waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Erbauer katastrophal. Zudem wurde ihre Arbeitskraft im vorgeblichen „Vaterland der Proletarier“ in einem Maße ausgebeutet, wie sie in kaum einem westeuropäischen – nach sowjetischer Diktion „kapitalistischem“ – Land vorstellbar war. Alles war streng reglementiert und kontrolliert.

Die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure unterlagen zudem einer strengen Aufsicht durch die sowjetische Geheimpolizei GPU. Unter den Arbeitern auf den „Großbaustellen des Sozialismus“ befanden sich auch viele ausländische Arbeiter, vor allem Spezialisten, auf die die im Ausland propagierten Aufbauleistungen und die Verheißungen eines sozialistischen Aufbaus durchaus einige Anziehungskraft besessen hatte – zumal die USA und Westeuropa gerade von der Weltwirtschaftskrise betroffen war. Die meisten von ihnen kehrten jedoch bald ernüchtert in ihre Heimatländer zurück. Einen Großteil der Arbeitsleistungen, insbesondere die körperlich schwersten und gefährlichsten Arbeiten, vollbrachte jedoch das riesige Heer der Zwangsarbeit-

ter. Im Zuge des stalinistischen Massenterrors wurden immer mehr Sowjetbürger unter meist fadenscheinigen Gründen verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt – sofern sie nicht nach willkürlichen Prozessen und „Schauprozessen“ hingerichtet wurden. Die in dem über das ganze Land verbreiteten System der Strafarbeitslager des „GU-Lag“ (Glawnoe Uprawlenije = Lagerhauptverwaltung) inhaftierten Häftlinge lebten unter unmenschlichen, oft tödlichen Bedingungen. Die Lager dienten einerseits der Absicherung der politischen Gewaltherrschaft, andererseits als riesiges Reservoir billiger und für jede Arbeit verfügbarer Arbeitskräfte. Alexander Solschenizyn, Warlam Schalamow und andere haben versucht, den kaum darstellbaren Schrecken in diesen Lagern literarisch zu verarbeiten.

Die zwangsweise Umstrukturierung der sowjetischen Gesellschaft in den 1930er und 1940er Jahren, die brutale Kollektivierung der Landwirtschaft und die letztlich erfolgreiche Industrialisierung des Landes, haben Russland bzw. die Sowjetunion nachhaltig verändert. Trotz der Massenterrors und der Massenverbrechen, die mit diesen Veränderungen verbunden waren, wurde und wird Stalin zum Teil bis heute als Mythos verklärt. Eine der Gründe dafür ist sicher in der Rolle zu sehen, die Stalin im Zweiten Weltkrieg spielen sollte, als der Diktator für viele Menschen in- und außerhalb der Sowjetunion zu einer Hoffungsfigur im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland wurde. Ein weiterer dürfte darin zu sehen sein, dass die Sowjetunion unter Stalin – im Zuge des Sieges im Zweiten Weltkrieg, nach der Etablierung eines von der Sowjetunion abhängigen Staatensystems in Ost- und Südosteuropa und der Entstehung weiterer kommunistischer oder sozialistischer Staaten in der Nachkriegszeit – in den Rang einer Weltmacht aufstieg